

Scoping-Unterlage

Gem. § 2a BauGB

zur 1. Änderung des Flächennutzungsplans für den Teilbereich
„Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage in der
Gemarkung Wittstock“

Gemeinde Nordwestuckermark

Landkreis Uckermark

Vorhabenträger:

AKE Projekt GmbH
Zu den Linden 29
17192 Waren (Müritz)

Auftragnehmer:

A & S GmbH Neubrandenburg
architekten . stadtplaner . ingenieure
August – Milarch – Straße 1
17033 Neubrandenburg
 0395 – 581 020
 0395 – 581 0215
 architekt@as-neubrandenburg.de
 www.as-neubrandenburg.de

Bearbeiter:

Lisa Hügel
B.Sc. Naturschutz und Landnutzungsplanung

Judith Schäbitz
M.Sc. Landschaftsarchitektur/Umweltprüfung

Arbeitsstand:

März 2025

Inhalt

1. Grundlagen	3
1.1 Ziel des Vorhabens.....	3
1.2 Lage im Raum	3
1.3 Daten- und Rechtsgrundlagen	4
2. Inhalte des Untersuchungsrahmens.....	5
2.1 Wesentliche Wirkfaktoren, die zu nachteiligen Umweltauswirkungen führen können.....	5
2.2 relevante Schutzgüter und Prüftiefe	6
2.3 Räumliche Abgrenzung des Untersuchungsumfangs.....	8
2.4 Umweltschutzziele	8
2.5 Alternativenprüfung.....	9
2.5.1 Prognose zur Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung	9
2.5.2 Prüfung anderweitiger Planungsmöglichkeiten	9

1. Grundlagen

1.1 Ziel des Vorhabens

Um die Klimaziele Deutschlands zu erreichen, die die Senkung der Treibhausgase um mindestens 65% bis 2030 beinhalten, ist ein zügiger Ausbau der emissionsfreien Energiegewinnung notwendig. Im Landesraumentwicklungsprogramm 2007 positioniert sich das Land Brandenburg zu einer neuen Erschließung und Weiterentwicklung neuer Wirtschaftsfelder in Ergänzung zu traditionellen Erwerbsgrundlagen im ländlichen Raum und damit auch zum Ausbau erneuerbarer Energien auf landwirtschaftlichen Flächen (§ 2 Abs. 3 LEPro 2007).

Mit dem Planungsziel „Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage in der Gemarkung Wittstock“ verfolgt die Gemeinde Nordwestuckermark das Ziel, den Grundsätzen des LEPro 2007 und LEP HR 2019 zu entsprechen und dabei die wirtschaftliche und ökologische Entwicklung der Region zu fördern.

Bebauungspläne sind aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Die Ziele des vorhabenbezogenen Bebauungsplans widersprechen den Aussagen des rechtskräftigen Flächennutzungsplans Schapow von 2001. Daher hat die Gemeinde Nordwestuckermark das Verfahren zur Änderung des FNP eingeleitet. Dieses soll parallel mit der Aufstellung des vBP „Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage in der Gemarkung Wittstock“ geschehen.

1.2 Lage im Raum

Der Geltungsbereich des Änderungsbereiches erstreckt sich über eine Fläche von etwa 36,06 ha und liegt südwestlich der Ortschaft Wittstock. Der geplante Bereich des vBP umfasst die Flurstücke 131/1, 131/2, 132, 133, 134, 135, 276, 277 der Flur 1, Gemarkung Wittstock. Im FNP Schapow 2001 stellt sich das Areal als Fläche für Landwirtschaft dar. Innerhalb der Fläche befindet sich ein gesetzlich geschütztes Biotop.

Umgeben ist der Änderungsbereich von Frischwiese, weiteren landwirtschaftlichen Flächen sowie Gehölzstrukturen. Zudem verläuft südlich, in einem Abstand von etwa 60 m zum beabsichtigten Sonstigen Sondergebiet ein weiteres gesetzlich geschütztes Biotop, die Quillow.

Schutzgebiete:

Das Plangebiet liegt außerhalb von Schutzgebieten. Westlich erstreckt sich, im unmittelbaren Umfeld zum Plangebiet das Europäische Vogelschutzgebiet (VSG) DE 2746-401 „Uckermärkische Seenlandschaft“ sowie das Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Norduckermärkische Seenlandschaft“.

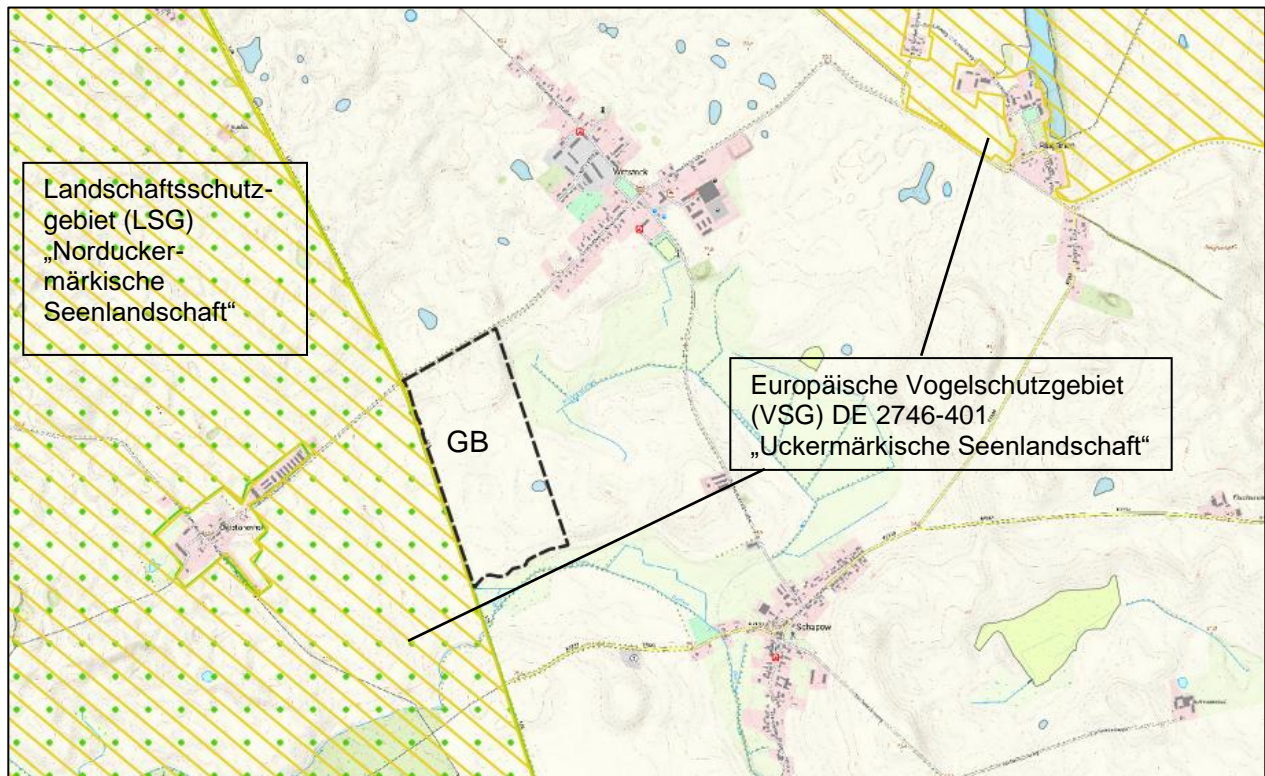


Abbildung 1: Übersicht Lage des Geltungsbereichs des vBPlans in der Gemarkung Wittstock (schwarz), Kartengrundlage: Brandenburgviewer 28.01.2025.

1.3 Daten- und Rechtsgrundlagen

Folgende übergeordnete Fachgesetze und Fachplanungen bilden die Grundlagen für die Bewertung Umweltschutzziele:

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394)
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz-BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 48 des Gesetzes vom 23.10. 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323)
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306)
- Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz - BbgNatSchAG) vom 21. 01.2013 (GVBl. I Nr. 3), ber. am 16.05.2013 (GVBl. I Nr. 21), zuletzt geändert durch Artikel 19 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GVBl. I/24, [Nr. 9], S.11)
- Brandenburgisches Wassergesetz (BbgWG) vom 02.03.2012 (GVBl. I/12, [Nr. 20]) zuletzt geändert durch Artikel 29 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GVBl. I/24, [Nr. 9], S.14)
- Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.Dezember 2007 in Kraft getreten am 1. Februar 2008
- Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom 29. April 2019 in Kraft getreten am 1. Juli 2019

- Gemeinsame Arbeitshilfe Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA), Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten für Kommunen im Land Brandenburg vom MLUK, MIL und MWAE Brandenburg (Stand August 2023)
- Arbeitshilfe Artenschutz und Bebauungsplanung, erstellt im Auftrag des MIL Brandenburg (Stand Januar 2009)
- Umweltkarten des Geoportals Brandenburg, Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg

2. Inhalte des Untersuchungsrahmens

Die Scoping-Unterlage dient der Festlegung des voraussichtlichen Untersuchungsrahmens für die weitere Prüfung der Umweltauswirkungen durch das Vorhaben im Änderungsbereich.

2.1 Wesentliche Wirkfaktoren, die zu nachteiligen Umweltauswirkungen führen können (Rück-)/Baubedingte Wirkfaktoren

Flächeninanspruchnahme

Baubedingte Wirkfaktoren lassen sich u. a. durch die temporäre bauzeitlich bedingte Flächeninanspruchnahme definieren. Darunter fallen die Baustelleneinrichtungsflächen, die Baustellenzufahrt, Bau- und Arbeitsbereiche sowie Lagerplätze. Hier können durch die auszuführenden Arbeiten sowie im Zuge der Vorarbeiten (Baufeldfreimachung) unter Umständen bedeutende Strukturen und Lebensstätten besonders und streng geschützter Arten kurz- und mittelfristig beeinträchtigt, beschädigt oder zerstört werden. Die Beeinträchtigungen können jedoch durch ausgewiesenen Maßnahmen vermieden bzw. vermindert werden.

Kollisions-/ Tötungsgefahr

Es besteht die Gefahr der Kollision von Tieren mit Baufahrzeugen im Bereich von Lebensstätten. Die Kollision- und Tötungsgefahr bezieht sich in diesem Fall lediglich auf die Zuwegung und das Baufeld. Durch die bestehende Landstraße und die bisherige landwirtschaftliche Nutzung der Fläche besteht bereits ein erhöhtes Gefahrenpotenzial. Die Auslösung eines Verbotstatbestandes durch das Vorhaben lässt sich durch vorhabenbezogene Maßnahmen vermeiden.

Lärm-/Schadstoffemissionen

Durch die Bauausführung kann es im Nahbereich des Geltungsbereiches durch bauzeitlich begrenzte Lärmemissionen zu einer temporären Verschiebung des faunistischen Arteninventars kommen, welche sich nach Abschluss der lärmintensiven Arbeiten jedoch wieder in den ursprünglichen Zustand einstellen kann. Eine erhöhte Störungsempfindlichkeit ist neben einigen Vogelarten auch bei manchen Fledermausarten anzunehmen. Da im Bestand jedoch schon eine Lärmbelastung durch die landwirtschaftlichen Tätigkeiten auf dem Acker wie auch den sich im näheren Umfeld befindlichen Siedlungsbereich besteht, ist die Betroffenheit durch Lärmimmissionen als gering anzunehmen. Des Weiteren kommt es im Zuge des Baugeschehens zu einem temporär erhöhten Verkehrsaufkommen und damit einer erhöhten Schadstoffbelastung durch Abgase.

Optische Störungen

Die Lage der Baumaßnahme befindet sich auf einem Ackerstandort, einer anthropogen überformten Kulturlandschaft. Durch die Bau- bzw. Rückbautätigkeiten tagsüber ist von optischen Störungen auszugehen. Dies kann zur temporären Verschiebung des faunistischen

Arteninventars führen, welche sich nach Abschluss der geplanten Arbeiten jedoch wieder in den ursprünglichen Zustand einstellen kann.

Anlagebedingte Wirkfaktoren

Flächeninanspruchnahme

Die geringfügigen Flächenversiegelungen durch die Verkehrsflächen und Nebenanlagen sowie durch die Gründung der Modulstützen können, verbunden mit der Kulissenwirkung der Gesamtanlage, als Verlust von Lebensräumen nicht ausgeschlossen werden. Eine Überschreitung der festgesetzten zulässigen Grundflächenzahl, GRZ 0,6, ist nicht zulässig. Für die PV-Anlage ist eine Einfriedung mit einer maximalen Höhe von 2,20 m zulässig. Diese haben eine zerschneidende und Barrierewirkung sowie den Entzug von Lebensräumen vor allem für Großsäuger zur Folge. Die Einhaltung eines Mindestabstands von 20 cm zwischen Bodenoberkante und Zaununterkante ermöglicht eine Begehrbarkeit der Fläche für Kleinsäuger und andere kleine Artengruppen und mindert damit die Eingriffswirkung.

Biotopveränderung

Durch die Bodenüberdeckung kommt es zu Austrocknung der Böden durch die Reduzierung des Niederschlagswassers unter den Modulen. Das gesammelte Tropfwasser an den Modulkanten kann zu Bodenerosion durch sogenannte Erosionsrinnen führen. Abhängig von Anlagentyp, Sonnenstand und Jahreszeit kommt es zu einer dauerhaften bis teilweise Verschattung des Bodens unter, zwischen und nördlich der Modulreihen.

Optische Störungen

Je nach Anlagentyp können weiterhin optische Effekte wie Lichtreflexe, Spiegelungen und die Ausbildung von polarisiertem Licht durch Reflexion entstehen. Hierdurch kann es zu Irritationen von Menschen und Tieren kommen.

Betriebsbedingte Wirkfaktoren

Störwirkungen

Durch den Betrieb und bei der Wartung von PV-FFA kann es zu verschiedenen Emissionsbelästigungen durch Lärm, Licht und Schadstoffe kommen. Bei regelmäßig auftretenden Ölwechseln an Transformatoren wird mit wassergefährdenden Stoffen (Öl) umgegangen. Bei nachgeführten Anlagen und bei der Wartung der baulichen Anlagen sowie durch Mahd und/oder Beweidung der Grünflächen unter den Modulen kann es zu temporären und unerheblichen optischen und Geräuschemissionen kommen.

2.2 relevante Schutzgüter und Prüftiefe

Zwischen den biotischen und den abiotischen Faktoren besteht ein komplexes Wirkungsnetz, in dem sie voneinander abhängen, sich gegenseitig bedingen und auch verändern. Um Umweltauswirkungen zu erfassen ist es wichtig, die Schutzgüter nicht nur getrennt voneinander zu betrachten. Vielmehr sind bei der Analyse und Prognose der Auswirkungen die Wechselbeziehungen der Umweltmedien zu berücksichtigen. Das Ziel einer solchen Bewertung besteht darin, die Frage zu beantworten, ob das Zusammenspiel der Auswirkungen auf einzelne Schutzgüter zu Effekten auf die Umwelt führt, welche über die individuellen Beeinträchtigungen hinausgehen.

[illegible]

(Mögliche) Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen:

- Anwendung DIN 19639
- Prüfung/Überwachung/Begleitung der Umsetzung landschaftspflegerischer Maßnahmen
- GRZ-Minderung auf **0,6** (Ausgleich im Geltungsbereich des vBPlans geplant)
- Versiegelungsgrad durch Ständerbauweise auf Minimum (5%) reduzieren
- Bauzeitenregelung (außerhalb der spezifischen Artenaktiva)
- Bauzeitenregelung (Tageszeitraum)
- technische Sicherheitsvorkehrungen für betriebsbedingte Einwirkungen
- Eingrünung Zaunanlage zu Sichtschutzzwecken

Um die tieferen Auswirkungen und damit die Erheblichkeit einzelner vorhabenbezogener Beeinträchtigungen zu bewerten und schutzgutspezifische Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen zu ergreifen, sind im Zuge des Bauleitplanverfahrens folgende fachgutachterliche Untersuchungen beizubringen:

- Umweltbericht gem. § 2a BauGB i.V.m. § 1a Abs. 3 BauGB
- Artenschutzbeitrag gem. § 44 BNatSchG i.V.m. §1 Abs. 6 Nr.7 BauGB
- Flora-Fauna-Habitat-Vorprüfung § 34 BNatSchG i.V.m. §1 Abs. 6 Nr.7 BauGB

außerdem:

- Faunistische Kartierungen der Avifauna (Brut-, Zug-, Rastvögel) sowie Herpetofauna
- Blindgutachten

2.3 Räumliche Abgrenzung des Untersuchungsumfangs

Der Untersuchungsbereich für die Schutzgüter Boden, Kulturgüter und andere Sachgüter wird, abgeschichtet aus den Fachgutachten zum vBP „Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage in der Gemarkung Wittstock“, auf das Plangebiet begrenzt, da die Auswirkungen der Planung und der örtlichen Gegebenheiten keine über das Plangebiet hinausgehenden Effekte erwarten lassen.

Für die Schutzgüter Pflanzen, Tiere, biologische Vielfalt und Wasser umfasst der Untersuchungsraum hauptsächlich das Plangebiet sowie angrenzende Gebiete, abhängig von den zu erwartenden Auswirkungen und den Hinweisen der Unteren Naturschutzbehörde.

Der Untersuchungsbereich für das Schutzgut „Mensch, Gesundheit und Bevölkerung“ wird so gewählt, dass auch schutzwürdige Nutzungen in der Umgebung des Plangebietes berücksichtigt werden.

Der Untersuchungsraum für das Schutzgut Landschaft umfasst die Sichtbeziehungen, die in Zusammenhang mit der Planung stehen und sowohl in der näheren als auch in der weiteren Umgebung des Plangebietes wahrgenommen werden können.

Weitere Details zur räumlichen Ausdehnung der Untersuchungsräume werden im Rahmen der jeweiligen schutzgutbezogenen Umweltprüfung näher erläutert.

2.4 Umweltschutzziele

Das BauGB sieht bei der Aufstellung von Bauleitplänen in § 1 Abs 6 Nr. 7 die Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege vor, um damit wie in § 1 Abs. 5 genannt, eine menschenwürdige Umwelt mit ihren natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern und zu schützen.

Weiterführend sind dazu ergänzende Vorschriften und Ziele gem. § 1 a BauGB festgelegt.

„(2) Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden; dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden...“

„(4) Soweit ein Gebiet im Sinne des § 1 Absatz 6 Nummer 7 Buchstabe b in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich beeinträchtigt werden kann, sind die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes über die Zulässigkeit und Durchführung von derartigen Eingriffen einschließlich der Einholung der Stellungnahme der Europäischen Kommission anzuwenden.“

„(5) Den Erfordernissen des Klimaschutzes soll sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden...“

Weiterhin sind die übergeordneten Planunterlagen des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion, das Landschaftsprogramm des Landes Brandenburg sowie der integrierte Regionalplan Uckermark-Barnim zu berücksichtigen.

Die wesentlichen Umweltziele des EU-VSG (DE 2746-401) sind die Erhaltung und Wiederherstellung eines für das nordostdeutsche Tiefland besonders reich strukturierten zusammenhängenden Komplexes aus Wald-, See- und Moorökosystemen als Lebensraum (Brut-, Ruhe-, Rast-, Überwinterungs- und Nahrungsgebiet) für die vorkommenden Vogelarten sowie die Erhaltung und Wiederherstellung einer artenreichen Fauna von Wirbellosen, insbesondere Großinsekten, Amphibien und weiteren Kleintieren als Nahrungsangebot. Die spezifischeren Erhaltungsziele sind der FFH-Vorprüfung zu entnehmen.

2.5 Alternativenprüfung

2.5.1 Prognose zur Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung der Planung wird sich der Umweltzustand im Plangebiet zukünftig nicht nennenswert verändern. Bei Nichtdurchführung der Planung sind folgende Auswirkungen zu verzeichnen:

- die Flächenversiegelung durch Überbauung entfällt,
- die Vegetationsfläche wird nicht reduziert,
- kein Eingriff in die Schutzgüter
- weiterhin intensive Landwirtschaft mit den damit verbundenen Auswirkungen

2.5.2 Prüfung anderweitiger Planungsmöglichkeiten

Aufgrund eines Grundsatzbeschlusses gegen PV-FFA eines anderen Ortsteils der Gemeinde Nordwestuckermark stellt sich der Vorhabenbereich bereits als Ausweichfläche dar. Damit können die 40 ha des Flächenziels weiter vergeben werden und der Ortsteil Schapow ein zusätzliches PV-FFA Projekt realisieren.

In der vorliegenden Planung wird das Baugebiet als Sonstiges Sondergebiet nach §11 der BauNVO mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik-Anlage“ festgesetzt.

Der räumliche Geltungsbereich befindet sich außerhalb von Schutzgebieten. Das nächstgelegene Landschaftsschutzgebiet, die „Norduckermärkische Seenlandschaft“ grenzt unmittelbar in westlicher Richtung an die Vorhabenfläche. Große Teile des LSG stellen sich gleichzeitig als EU-VSG (DE 2746-401) dar. Die Bauweise der PV-Module erfolgt in aufgeständerter Weise über Ramppfosten statt über Betonfundamente. Dies ermöglicht die Einhaltung der Anforderung einer Maximalversiegelung von > 5% der Gesamtfläche gem. gemeinsamer Arbeitshilfe PV-FFA (MLUK, MIL, MWAE). Da sich das Plangebiet in seiner Reliefausprägung als sehr ebenmäßig darstellt und daher keine Eigenverschattung durch die Module entsteht, eignet sich die Verwendung von starren Modellen in Südausrichtung. Nachgeführte Modelle bergen gegenüber starren Systemen eine höhere Anfälligkeit hinsichtlich technischer Eingriffe durch Reparaturmaßnahmen. Vorbelastend auf das Gebiet wirken vor allem die intensive landwirtschaftliche Nutzung und die damit verbundene Bodenverdichtung durch das Befahren mit schweren Maschinenfahrzeugen sowie Düngemittel- und Pestizideintrag. Durch die temporäre Herausnahme aus der landwirtschaftlichen Nutzung und der damit verbundenen Bodenruhe führt das Bauvorhaben dahingehend zu spezifisch positiven Wirkungen.